

SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Franz-Lothar Altmann

Südosteuropa und die Sicherung der Energie- versorgung der EU

S 1
Januar 2007
Berlin

Alle Rechte vorbehalten.

Abdruck oder vergleichbare
Verwendung von Arbeiten
der Stiftung Wissenschaft
und Politik ist auch in Aus-
zügen nur mit vorheriger
schriftlicher Genehmigung
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und
Politik, 2007

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6372

Inhalt

5	Problemstellung und Schlussfolgerungen
7	Die Interessenlage der EU
7	Strategische Energiepolitik der EU
7	Europas Erdgasversorgung: Die Abhängigkeit von Russland
8	Die wechselseitige Abhängigkeit EU-Russland
9	Die Kontrolle der Vertriebswege
11	Südosteuropas Interessenlage
11	Energieressourcen in Südosteuropa
11	<i>Rohöl</i>
11	<i>Erdgas</i>
11	<i>Kohle</i>
12	<i>Elektrizitätserzeugung</i>
12	Südosteuropas Energiewirtschaft
12	<i>Hohe Energieintensität der veralteten Industrieanlagen</i>
12	<i>Verschwenderischer Energieverbrauch der privaten Haushalte</i>
13	<i>Kriegsfolgeschäden an der Infrastruktur</i>
13	<i>Mehrwert regionaler Vernetzung</i>
16	Südosteuropas Stellenwert in der EU-Energiepolitik
16	Die Energiegemeinschaft EU-Südosteuropa
17	Südosteuropa als Transitregion
18	Projekte für Erdgasleitungen nach und durch Südosteuropa
22	Die neue Geopolitik der Ölpipeline-Projekte
22	Das AMBO-Projekt
23	Die South-East European Line (Constanța – Omišalj)
24	Die Burgas–Alexandroupolis-Pipeline
25	Fazit
26	Abkürzungen

*Franz-Lothar Altmann ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter
der Forschungsgruppe EU-Außenbeziehungen und Leiter des
Forschungsschwerpunkts Balkan*

Südosteuropa und die Sicherung der Energieversorgung der EU

Vor dem Hintergrund des im Oktober 2005 geschlossenen Vertrags zur Gründung der Energiegemeinschaft EU-Südosteuropa behandelt diese Studie drei Themenkomplexe, in denen sich die Interessen Südosteuropas an einer verbesserten Energieversorgung mit strategischen Versorgungsinteressen der EU treffen, wie sie etwa im »Grünbuch zur Energiestrategie für Europa« im März 2006 artikuliert wurden:

- ▶ Verbesserung der Elektrizitätsversorgung Südosteuropas durch den Ausbau eines stabilen Elektrizitätsverbundnetzes; der Anschluss an das gesamteuropäische Verbundnetz wäre eine wichtige Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum in der Region,
- ▶ Diversifizierung der Versorgung der EU mit Energie durch Ausbau Südosteuropas zu einer Region für vermehrten Erdgastransit, und
- ▶ Diversifizierung der Energieversorgung Südosteuropas durch Pipeline-Projekte, finanziert von Akteuren, die außerhalb der Region angesiedelt sind.

Die Europäische Union muss ihren Energiebedarf in den nächsten 20 bis 30 Jahren zu 70 Prozent (statt wie bisher zu 50 Prozent) durch Importe decken, der Anteil der benötigten Erdgaseinfuhren dürfte sich in diesem Zeitraum auf 80 Prozent erhöhen. Das der EU gelieferte Erdgas kommt aus nur drei Ländern: Norwegen, Algerien und Russland. Sicherung und Diversifizierung der Energieversorgung haben angesichts dieser Entwicklung oberste politische Priorität erhalten, wie der Frühjahrsgipfel der EU am 23./24. März 2006 zeigte. Der Rat und die Kommission wurden aufgefordert, im Rahmen einer »Energiepolitik für Europa« (EPE) ein Maßnahmenpaket und klare Terminvorgaben auszuarbeiten. Auf dieser Basis soll im Frühjahr 2007 ein Aktionsplan vom Europäischen Rat angenommen werden. Der Europäische Rat vom 15./16. Juni 2006 bestärkte diesen Auftrag noch mit dem Zusatz, dass die Arbeiten an diesem Vorhaben »unter Einsatz aller verfügbaren Instrumente einschließlich der GASP und der ESVP voranzubringen« seien. Dies schließt auch die Entwicklung strategischer Partnerschaften mit den wichtigsten Erzeuger-, Transit- und Verbraucherländern ein. Südosteuropa bietet sich insbesondere als Portal für künftige Erdgaslieferungen

aus der westkaspischen Region sowie aus Zentralasien über die Türkei und das Schwarze Meer an.

Mit dem Vertrag zur Gründung der Energiegemeinschaft wurde ein Rechtsrahmen für einen integrierten Energiemarkt in Südosteuropa geschaffen. Unterzeichner sind neben der Europäischen Union neun südosteuropäische Partner: Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Montenegro, die ehemalige jugoslawische Republik Makedonien, Albanien, Rumänien, Bulgarien und die Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen für das Kosovo, UNMIK. Mit der Türkei wird über einen späteren Beitritt zum Vertrag verhandelt. Der inhaltliche Fokus des Vertrags richtet sich auf Erdgas und Elektrizität: Durch neue Erdgasleitungen und die Harmonisierung mit EU-Regelungen und technischen Standards soll Südosteuropa als Transitregion zwischen Zentralasien, der Kaspischen See, der Schwarzmeerregion, dem Nahen Osten und der EU etabliert werden; das als Folge der Kriegereignisse in den neunziger Jahren unterbrochene und vielfach beschädigte Elektrizitätsverbundnetz soll neu aufgebaut und an das EU-Netz angeschlossen werden, nicht zuletzt damit die in der Region chronischen Stromausfälle künftig ausbleiben.

Neben technischem und vor allem auch finanziellem Engagement bedarf das Projekt Energiegemeinschaft EU-Südosteuropa politischer Begleitung, die auf ressourcenreiche Staaten jenseits der Region ausgreift: Geostrategisch und wirtschaftlich ist der westkaspische Raum von vorrangigem Interesse für Europa, da er Energieressourcen bietet und von wichtigen Transitrouten von Zentralasien nach Südost- und Mittel-/Westeuropa durchzogen wird. Die politische Stabilität im südlichen Kaukasus (Armenien, Aserbaidschan und Georgien) ist keineswegs gesichert, die Staaten der Region versuchen sich nach Westen (Nato und EU) zu orientieren, stoßen dabei aber auf deutliche Widerstände Russlands. Auch wenn die EU keine Mitgliedschaftsperspektiven anbieten kann, müsste sie ein breiteres politisches Engagement entfalten, um den Demokratisierungsprozess und die wirtschaftliche Transformation in diesem Raum abzusichern. Wie fragil vor allem das Verhältnis zwischen Russland und den transkaukasischen Staaten immer noch (oder wieder) ist, zeigen die russisch-georgischen Spannungen, die sich im Herbst 2006 zugespitzt hatten.

Bleiben politisch verbindliche Angebote der EU aus, wird die westkaspische Region in politische Stagnation zurückfallen und zusehends wieder von Russland abhängig werden, gefördert durch die allgemeinen Handelsbeziehungen, wirtschaftliche Bindungen und

die bestehenden Energietransportwege nach Westeuropa. Langfristige politische und wirtschaftliche Stabilität sind Vorbedingungen für die wirtschaftliche Realisierbarkeit und Überlebensfähigkeit des auszubauenden Systems von Pipelines zwischen dem kaspischen Raum und Europa. Privates Investitionskapital fließt nur, wenn Sicherheit und politische Stabilität gewährleistet sind. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob die Instrumente der EU-Nachbarschaftspolitik ausreichen, um diese Bedingungen zu erfüllen, oder ob nicht über weitergehende Anbindungsstrukturen nachgedacht werden muss.

Energieversorgungssicherheit für Europa hat auch eine euro-atlantische Dimension. Die Sicherung der nordamerikanischen und die der europäischen Energieversorgung sind zwei Seiten einer partnerschaftlichen, sehr investitionsintensiven Aufgabe, die gemeinsame geostrategische Interessen begründet. In den neunziger Jahren hatte die Clinton-Administration angeregt, den sogenannten Ost-West-Energiekorridor einzurichten, über den kaspisches Öl und Gas unter Umgehung Russlands (und Vermeidung Irans) direkt nach Europa gelangen sollte. 2001 wurde mit der Umsetzung im westkaspischen Raum begonnen: der Bau der Baku-Ceyhan-Erdöl- und der Baku-Erzurum-Erdgaspipeline. Letztere soll dann verbunden werden mit der kürzlich beschlossenen Nabucco-Leitung, die von Ankara über Bulgarien und Rumänien Erdgas bis nach Österreich führen soll. Damit wäre aber lediglich der westliche Teil der Kaspischen See direkt mit Europa verbunden. Das amerikanisch-europäische Projekt muss jetzt in Richtung Ostseite der Kaspischen See weitergeführt werden, um die deutlich größeren Reserven an Erdöl in Kasachstan und an Erdgas in Turkmenistan in die Reichweite Europas zu bringen. Langfristig sind auch die zwischen Iran und Aserbaidschan gelegenen Erdgasfelder in die Planung einzubeziehen. Für beide Teilprojekte muss der Balkan als künftige Transitregion entsprechend vorbereitet und mit den notwendigen Anlagen und Leitungen ausgestattet werden.

Die Interessenlage der EU

Strategische Energiepolitik der EU

Energiepolitik mit dem Ziel der Sicherung künftiger Energieversorgung¹ wird einen immer höheren Stellenwert auf der politischen Agenda der Europäischen Union einnehmen. Weltweit wird es immer schwieriger, neue Energiequellen zu erschließen. In energiewirtschaftlichen Prognosen werden zwar bis zum Jahr 2030 keine Engpässe bei den Energieressourcen erwartet, doch zeichnet sich ein deutlicher Trend zur Veränderung der Struktur des Primärenergieverbrauchs ab. Derzeit wird der Energiebedarf der EU-Mitgliedstaaten noch zu 41 Prozent mit Erdöl, zu 22 Prozent mit Erdgas, zu 16 Prozent mit Kohle, zu 15 Prozent mit Kernkraft und zu 6 Prozent mit erneuerbaren Energieträgern gedeckt.² Während sich die Union heute zu zwei Dritteln selbst mit Energieträgern versorgt und nur zu einem Drittel auf Importe angewiesen ist, wird sich dieses Verhältnis bis zum Jahr 2030 umkehren.

Im März 2006 veröffentlichte die EU ein Grünbuch über eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie,³ das als Diskussionsgrundlage für den Frühjahrsgipfel der EU vom 23./24. März 2006 diente. Eingangs wird darin betont, dass die Welt in ein neues Energiezeitalter eingetreten sei, in dem Europa eine umfassende gemeinsame Energiepolitik mit stärkerer Diversifizierung der Energieformen, der Herkunftsländer und der Transitwege zu entwickeln habe. Der Frühjahrsgipfel der EU wies denn auch der Sicherung und Diversifizierung der Energieversorgung oberste politische Priorität zu. Rat und Kommission wurden aufgefordert, im Rahmen einer »Energiepolitik für Europa« einen Aktionsplan

auszuarbeiten, der im Frühjahr 2007 vom Europäischen Rat angenommen werden soll. Der Europäische Rat vom 15./16. Juni 2006 gab ergänzend vor, dass die entsprechenden Arbeiten »unter Einsatz aller verfügbaren Instrumente einschließlich der GASP und der ESVP voranzubringen« seien. Ermuntert wurde dabei auch die Entwicklung strategischer Partnerschaften mit den wichtigsten Erzeuger-, Transit- und Verbraucherländern. Südosteuropa bietet sich insbesondere als Portal für den künftigen Transit von Erdgas aus der westkaspischen Region sowie aus Zentralasien über die Türkei und das Schwarze Meer an.⁴

Europas Erdgasversorgung: Die Abhängigkeit von Russland

Im EU-Energieträgermix wird Erdgas in Zukunft deshalb eine immer größere Rolle spielen, weil für die kommenden Jahre kräftige Steigerungen der Gasnachfrage erwartet werden. Dies wird nach EU-Studien sowohl beim Privatkonsum als auch in der Industrie, aber vor allem bei der Stromerzeugung der Fall sein. Laut einer Prognose der Managementberatungsfirma A. T. Kearney wird sich im Europa der 25 allein die Verstromung von Gas zwischen 2002 und 2030 vervierfachen.⁵

Zur Zeit importiert die EU etwa die Hälfte des Gasbedarfs ihrer Wirtschaft, wiederum die Hälfte davon stammt aus Russland. Erdgas wird ohnehin aus nur drei Ländern in die EU geliefert: Norwegen, Algerien und Russland. Nach Prognosen des österreichischen Energiekonzerns OMV wird die EU im Jahr 2030 schon zu rund 80 Prozent von Erdgasimporten abhängig sein. Dies ergibt sich sowohl aus den hohen Zuwachsraten des Verbrauchs als auch aus dem erwarteten Rückgang bei der Ausbeutung der großen, bei den britischen Inseln gelegenen Nordseefelder. Aber auch die Vorräte vor der norwegischen Küste werden in

1 Siehe hierzu Friedemann Müller, *Energie-Außenpolitik. Anforderungen veränderter Weltmarktkonstellationen an die internationale Politik*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, November 2006 (S 33/06).

2 Karsten Fritzsche, »Noch wenig Wind im Osten. Überblick über den Energiesektor in Mittel- und Südosteuropa«, in: *Ost-West-Contact*, (2006) 4, S. 54.

3 Kommission der Europäischen Gemeinschaften, *Grünbuch. Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie*, SEK (2006) 317, KOM (2006) 105, Brüssel, 8.3.2006.

4 Siehe hierzu weiter unten in den Kapiteln auf S. 16ff und S. 22ff.

5 »Gasdrehscheibe Süd-Ost. Nabucco-Pipeline soll 30 Prozent des Importbedarfs Europas decken«, in: *Ost-West-Contact*, (2006) 4, S. 51.

absehbarer Zeit erschöpft sein.⁶ Alternativen sind dann eine noch größere Abhängigkeit von Russland als vorrangigem Erdgaslieferanten oder die Suche nach neuen Versorgungsquellen.

Angesichts der ständig steigenden Abhängigkeit von russischen Erdgaslieferungen ist in der EU aus gegebenem Anlass im Frühjahr 2006 ein Negativbild Russlands entstanden. Aufgeschreckt wurde man in Europa, als der russische Gasmonopolist Gazprom nach gescheiterten Preisverhandlungen der Ukraine mitten im Winter für kurze Zeit den Gashahn zudrehte. Als Nebenwirkung kam es auch zu Druckverlusten und in der Folge zu verminderten Lieferungen nach Ungarn und Westeuropa. Die zunächst zaghaft sich zu Wort meldenden skeptischen Stimmen, ähnliches könne auch gegenüber Westeuropa passieren, wurden schnell lauter, als Gazprom-Chef Alexej Miller Mitte April 2006 in Moskau den EU-Botschaftern deutlich machte, dass Gazprom über eine Diversifizierung seiner Absatzmärkte nachdenke. Millers Stellvertreter Alexander Medvedev verstärkte diese versteckte Drohung am 25. April 2006 auf dem Russian Economic Forum in London noch mit einem klaren Angriff gegen die Brüsseler Pläne zur Liberalisierung des europäischen Gasmarktes.

Während die EU Gazprom im Interesse einer Stärkung des Wettbewerbs aufforderte, die Langzeitverträge mit EU-Kunden zugunsten einer Deregulierung des Marktes zu lockern, erwiderte Medvedev, dass Gazprom seine Exportmonopolstellung keineswegs aufzugeben gedenke und der EU-Vorstoß die Stabilität des gesamteuropäischen Gasmarktes unterminiere. Er kündigte nicht nur langdauernde Verhandlungen über die von der EU angestrebte Energiecharta (1994 unterschrieben, aber bis heute von Moskau nicht ratifiziert) an, sondern verwies wie auch Alexej Miller auf die hungrigen Märkte in Nordamerika und Asien (China, Japan und Indien).⁷

Tatsächlich ist es Gazproms Ziel, bis zum Jahr 2010 auf dem US-Markt einen Anteil von zehn Prozent zu erreichen, der möglichst schnell auf zwanzig Prozent gesteigert werden soll.⁸ Fast zeitgleich verwies auch

Transneft, Russlands staatseigener Ölproduzent und Ölpipelinemonopolist, auf durchaus realistische Pläne, seine vorrangige Orientierung auf Westeuropa zu ändern und sich verstärkt Märkten im Fernen Osten zuzuwenden. Igor Schuwalov, Putins engster Wirtschaftsberater, der unter anderem auch den G-8-Gipfel in St. Petersburg im Juli 2006 vorbereitet hatte, gab zu verstehen, dass sich sowohl Gazprom als auch Transneft künftig nicht mehr auf einen Verbraucher konzentrieren würden – gemeint ist zweifellos Westeuropa.⁹

Die wechselseitige Abhängigkeit EU-Russland

Allerdings sind die Abhängigkeiten zwischen Russland und Westeuropa im Bereich der Energieversorgung keineswegs einseitig. Europa stellt für Russland einen sicheren und verlässlichen Kunden dar, Gazproms Verkäufe nach Europa haben im Jahr 2005 einen Gesamtwert von gut 25,7 Mrd. US-Dollar erreicht, was 65 Prozent des Unternehmensgewinns entspricht. Während die Verkaufserlöse auf dem russischen Inlandsmarkt einen Anteil von 62 Prozent an den Gesamterlösen halten, haben sie zum Gesamtgewinn des Unternehmens jedoch weniger als 30 Prozent beigetragen.¹⁰

Am 17. August 2006 erläuterte der russische Minister für Wirtschaftsentwicklung, German Gref, dass sich bereits im Zeitraum 2007 bis 2009 Gas-Versorgungsprobleme auf dem russischen Binnenmarkt einstellen könnten, weil die Zunahme des Verbrauchs die Möglichkeiten der Angebotsausweitung deutlich übersteigen würde.¹¹ RIA Novosti veröffentlichte im Herbst 2006 einen alarmierenden Kommentar eines Wissenschaftlers aus dem Zentrum für Energiestudien des Instituts für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen der Russischen Akademie der Wissenschaften, in dem auf die zunehmende Verknappung von Erdgas als Problem für die russische Elektrizitätserzeugung

Politik, März 2004 (S 6/04); *Russlands Erdöl und Erdgas drängen auf den Weltmarkt*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, September 2004 (S 15/04); *Russlands Erdöl und der Welterdölmarkt. Trends und Prognosen*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Dezember 2005 (S 40/05).

⁹ »Putin-Berater Igor Schuwalow über Energie-Strategien und Abhängigkeiten im Öl- und Gasgeschäft«, in: *Berliner Zeitung*, 26.4.2006.

¹⁰ *International Herald Tribune*, 25.4.2006.

¹¹ »Der steinige Weg des russischen Gases. Die europäischen Klienten bereiten sich auf einen weiteren Winter mit Zulieferproblemen vor«, alfred.lex@chello.at, 27.8.2006.

⁶ »Gasdrehscheibe Süd-Ost« [wie Fn. 5].

⁷ »Gazprom Attacks EU Gas Market Plans«, in: *Financial Times*, ft.com, 26.4.2006; »Gazprom, die neue Angst«, in: *Handelsblatt*, 25.4.2006, S. 10.

⁸ »Gazprom and EU: An Uneasy Alliance«, in: *International Herald Tribune*, 25.4.2006. Zur Energiepolitik Russlands und seiner Stellung auf dem Energie-Weltmarkt siehe u.a. die Studien von Roland Götz, *Russlands Energiestrategie und die Energieversorgung Europas*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und

hingewiesen wird.¹² Damit wurde indirekt auch die Möglichkeit einer Verringerung des Angebots für den Exportmarkt angedeutet – ein Szenario, das auch Claude Mandil, Executive Director der International Energy Agency (IEA), in seinem Bericht über den St. Petersburger G-8-Gipfel (15.–17.7.2006) anspricht: »In dem Ausmaß, in dem die wichtigsten Erdgasfelder sich erschöpfen, wird Gazproms Fähigkeit gefährdet, die Erdgasproduktion zur Aufrechterhaltung der internationalen Energiesicherheit zu erhöhen.«¹³

Russland steht im internationalen Wettbewerb mit anderen Rohstoffförderländern und benötigt massive Investitionen in die Modernisierung seiner Energie- und Industrieinfrastruktur. Allein für die aktuell geplante Ostseepipeline sind Investitionen von rund 10 Mrd. US-Dollar veranschlagt. Insgesamt werden nach einer Schätzung von E.ON Ruhrgas in den nächsten 25 Jahren 405 Mrd. US-Dollar (oder 330 Mrd. Euro) Investitionen benötigt, um Russlands Energiesektor im gewünschten Ausmaß zu modernisieren und auszubauen. Dass hierfür auch in beträchtlichem Maße ausländisches und eben auch europäisches Kapital erforderlich sein wird, steht außer Frage.¹⁴

Die Kontrolle der Vertriebswege

Es ist kaum anzunehmen, dass Brüssel von seinen Bemühungen ablassen wird, den europäischen Energiemarkt zu deregulieren. Damit ist allerdings auch ein Dauerkonflikt mit Gazprom vorgezeichnet, da dieses Unternehmen seit 1991 sehr gezielt, zunächst in Ostmitteleuropa, versucht, durch Zukauf von Verteilungsunternehmen eine marktbeherrschende Stellung aufzubauen und die Vertriebswege unter seine Kontrolle zu bringen. Von den baltischen Staaten bis nach Bulgarien ist dies auch bereits weitgehend gelungen.

Bei den jetzigen Anstrengungen, in Richtung Westeuropa zu expandieren, stößt Gazprom zum ersten

Mal auf deutlichen Widerstand.¹⁵ Der weltgrößte Gasförderer möchte neben der Erdgasproduktion auch in die Ölindustrie, in Gasvertriebsgesellschaften im westlichen Europa sowie in die Stromerzeugung, inklusive Atomenergie, ausgreifen. Dies zeigen die verschiedenen Aufkaufversuche in England (Gasversorger Centrica) und in Deutschland, wo Gazprom bestrebt ist, seinen Anteil von 35 Prozent am deutsch-russischen Gasversorger Vingas auf 49 Prozent aufzustocken, und wo es von E.ON Ruhrgas eine Beteiligung an Ruhrgasvertriebsnetzen in Europa einfordert.¹⁶ In Italien, das bei seiner Gasversorgung zu 80 Prozent von Importen vorwiegend aus Russland (32 Prozent) und Algerien (37 Prozent) abhängig ist, hat die Anfang August 2006 geschlossene Allianz zwischen Gazprom und dem staatlichen algerischen Gaslieferanten Sonatrach Besorgnis hervorgerufen.¹⁷ Gleichzeitig laufen Verhandlungen zwischen Gazprom und dem italienischen Konzern ENI über eine mögliche Beteiligung Gazproms an der Gasverteilung in Italien.¹⁸

In Süd- und Südosteuropa ist Gazprom erst sehr spät aktiv geworden, weil der Markt in dieser Region bisher nicht besonders attraktiv war. Dies scheint sich jetzt zu ändern, nachdem das Interesse der EU an einer strategischen Energiepartnerschaft mit Südosteuropa durch Unterzeichnung des Vertrags über eine Energiegemeinschaft (siehe unten, S. 16, das Unterkapitel »Die Energiegemeinschaft EU-Südosteuropa«) erkennbar wurde. Nach Berichten aus Griechenland¹⁹ prüft Gazprom ernsthaft, in den griechischen Energiemarkt zu investieren, die griechische staatliche Erdgasfirma DEPA wird als möglicher Kandidat für eine Übernahme durch Gazprom genannt. DEPA ist quasimonopolistisch in den Bereichen Import, Übertragung und Verteilung von Erdgas in Griechenland tätig und auf internationaler Ebene für die Projektierung des griechischen Gaskorridors Ost-West zuständig. In die jetzt laufenden Verhandlungen wurde das bereits bestehende russisch-griechische Gemeinschaftsunternehmen Prometheus Gas S.S.

12 Igor Tomberg, »Export Interests above All?«, *RIA Novosti*, 26.9.2006.

13 »As the country's key producing fields decline, Gazprom's ability to increase gas production is critical to maintaining international energy security.« (Zitiert in: »IEA Supports G8 Energy Security Focus and Calls for Optimising Russian Natural Gas to Enhance Energy Security and Environmental Benefits«, *IEA Press release 06/13*, 18.7.2006, <www.iea.org/Textbase/press/pressdetail.asp?PRESS_REL_ID=184>.)

14 Äußerungen von Burckhard Bergmann, Vorstandsvorsitzender von E.ON Ruhrgas, in einem Interview, in: *International Herald Tribune*, 25.4.2006.

15 »Gazprom kreuzt die Klinge mit Brüssel. Russlands Gasgigant will expandieren und stößt dabei auf Widerstand«, in: *Handelsblatt*, 26.4.2006, S. 12.

16 Ebd.

17 »Spannungen auf dem Energiemarkt: Brüssel wird die Allianz der Russin Gazprom mit der Algerierin Sonatrach »sehr genau« überwachen«, in: *El Pais*, 10.8.2006 (übersetzt von Alfred Lex, alfred.lex@chello.at).

18 *Le Monde*, 13.9.2006.

19 »Gazprom ist an Investitionen in Griechenland interessiert«, in: *Griechenland Zeitung*, 10.2.2006, S. 16.

(50:50 Anteile von Gazprom und Kopelouzos Group) eingeschaltet.²⁰ Im Februar 2006 hatte Gazprom angekündigt, seinen 50-Prozent-Anteil an Serbiens Gasverteiler Jugorosgas dadurch auf 73 Prozent zu erhöhen, dass es die Anteile des staatlichen Gasimporteurs Progres & Progres Gas Trading für 4,5 Mio. Euro aufkauft.²¹ Ein halbes Jahr später, am 1. August 2006, unterzeichneten Serbiens Premier Koštunica und Gazprom-Repräsentanten ein Memorandum of Understanding über Gaspipeline-Investitionen in Höhe von fast 1 Mrd. US-Dollar, falls das Projekt einer Verlängerung der »Blue Stream Line« in Konkurrenz zur Nabucco-Leitung zum Tragen kommen sollte.²²

Im Energieverhältnis EU–Russland spielen demnach unterschiedliche und oft gegenläufige Interessen und Tendenzen ein Rolle, aus denen sich insgesamt ein unklares Bild der künftigen Versorgung mit Erdgas ergibt:

- ▶ Während ohnehin die Gefahr besteht, dass die EU in zu starke Abhängigkeit von russischem Gas gerät, gibt es zudem erste Anzeichen für künftige Förderrückgänge und eine steigende Binnen-nachfrage in Russland.²³
- ▶ Die bereits erkennbaren Förderrückgänge erfordern Investitionen von einer Größenordnung, die westliche Beteiligungen nötig machen.
- ▶ Die Deregulierungsbestrebungen der EU beeinträchtigen Gazproms Versuche, auch in der EU eine marktbeherrschende Stellung und die Kontrolle über die Vertriebswege zu erlangen.
- ▶ Gazprom versucht zudem, seine Abhängigkeit von einzelnen Abnehmerländern durch stärkere Diversifizierung der Lieferadressaten (China, Japan, Indien, USA) zu verringern bzw. über Gasverträge neue Einflussmöglichkeiten (Israel²⁴) zu eröffnen.

²⁰ »Gazprom und Prometheus Gas erörtern Perspektiven der Gaslieferung an Griechenland«, *Novosti*, 20.12.2006.

²¹ *RFE/RL*, 4.2.2006, und *Hina*, 31.1.2006.

²² *BBC*, 13.7.2006, und *RFE/RL*, 2.8.2006.

²³ Tomberg, »Export Interests above All?« [wie Fn. 12].

²⁴ Gazprom hat eine Machbarkeitsstudie für den Bau einer Verlängerung der bereits seit 2003 bestehenden »Blue Stream«-Leitung in Auftrag gegeben, die Erdgas von Russland in die Türkei durch das Schwarze Meer transportiert. Die geplante Leitung soll vom türkischen Samsun am Schwarzen Meer zunächst nach Ceyhan und von dort auf dem Boden des Mittelmeers weiter nach Israel führen. Israel deckt seinen Erdgasbedarf bisher aus eigenen Offshore-Vorkommen. »The Politics of Pipes: Russia Courts Israel with Gas«, in: *Spiegel Online*, 16.8.2006, <www.spiegel.de/international/0,1518,431953,00.html>.

Südosteuropas Interessenlage

Energieressourcen in Südosteuropa

Die Länder Südosteuropas verfügen, mit Ausnahme einiger fossiler Primärenergieressourcen, über keine nennenswerten Energievorräte und sind deshalb in unterschiedlichem Ausmaß auf Importe angewiesen. Die politische und wirtschaftliche Instabilität war Ursache dafür, dass im Ausland bisher auch kein größeres Interesse bestand, in den verstärkten Abbau der begrenzten Vorkommen an fossilen Energieträgern zu investieren.

Rohöl

Die Rohölreserven des gesamten Westlichen Balkans werden auf rund 345 Mio. Barrel geschätzt, davon lagern 198 Mio. in Albanien, 69 Mio. Barrel in Kroatien und 78 Mio. Barrel in Serbien und Montenegro. Aufgrund dieser beschränkten Vorräte wird im Westlichen Balkan auch nur wenig Öl produziert. Gut achtzig Prozent des benötigten Rohöls müssen über Pipelines aus Russland bzw. per Schiff aus dem Nahen Osten importiert werden.

Rumänien, Bulgarien und Moldova sind wie die Länder des Westlichen Balkans Netto-Ölimporteur und bisher vorrangig von russischen Lieferungen abhängig. Mit seinen 956 Mio. Barrel Reserven ist Rumänien zwar der größte Ölproduzent in Ostmittel- und Südosteuropa, doch ist die Ölproduktion seit 1980 rückläufig. So musste das Land im Jahr 2004 über die täglich eingeführte Menge von 114 000 Barrel hinaus zusätzlich 163 000 Barrel pro Tag importieren, um seine zehn Raffinerien zu versorgen. Diese produzieren jedoch deutlich unterhalb ihrer Kapazitäten, weil wegen der hohen Preise zu wenig importiert wird und dringender Reparatur- und Modernisierungsbedarf besteht. Rumänien importiert Öl über das Schwarze Meer, das sie an den beiden Anlandehäfen Constanța und Tulcea erreicht. Dank dieser Häfen wurde Rumänien auch zu einem wichtigen Bindeglied für den Erdöltransport aus Russland und der Transkaukasusregion nach Mittel- und Südosteuropa.

Weder Bulgarien noch Moldova produzieren bisher nennenswerte Rohölmengen. Hoffnungen setzt Bulgarien auf mögliche Öl- und Gasreserven im nördlichen Teil des Landes und im Offshore-Shabla-Block im Schwarzen Meer. Seit Anfang 2005 werden hier sowie in der Gegend von Plevna nahe der bulgarisch-rumänischen Grenze Erkundungsbohrungen durchgeführt. Bei der Ölverwertung ist Bulgarien jedoch ebenso wie Moldova zu fast hundert Prozent auf Importe angewiesen. Wie Rumänien bietet sich Bulgarien aufgrund seiner geographischen Lage am westlichen Ufer des Schwarzen Meeres für den Weitertransport von kaspischem Rohöl zu europäischen Raffinerien sowie für den Transport von russischem Gas in die Türkei an. Anlandehafen für die Öllieferungen ist Burgas.

Erdgas

Ähnlich wie bei Rohöl ist Rumänien auch mit seinen Erdgasvorräten etwas besser gestellt als die übrigen südosteuropäischen Länder, muss aber gleichwohl rund ein Viertel seines Bedarfs mit Importen decken. Bulgarien und Moldova sind zu hundert Prozent auf russisches Erdgas angewiesen. Die Länder des Westlichen Balkans können zusammengenommen ihren Erdgasverbrauch nur zu 45 Prozent durch eigene Produktion decken, lediglich Kroatien weist eine Eigendeckung von siebzig Prozent auf. In allen Fällen kommt der größte Teil der Erdgasimporte aus Russland.

Kohle

Serbien und Rumänien besitzen Braunkohle von minderer Qualität, die sie zusammen mit importierter Steinkohle in Wärmekraftwerken verwenden. Moldova besitzt keinerlei Kohlevorräte. In den Ländern des Westlichen Balkans ist Kohle der wichtigste Energierohstoff. Insgesamt müssen nur rund zwei Prozent der für den Verbrauch bestimmten Kohle importiert werden.

Elektrizitätserzeugung

Zwei Kernkraftwerke erzeugen rund ein Viertel der in den drei Ländern Bulgarien, Rumänien und Moldova insgesamt produzierten Elektrizität: eines mit vier derzeit in Betrieb befindlichen Reaktoren in Bulgarien sowie eines mit einem Reaktor in Rumänien. Das Kernkraftwerk Kozloduj hat Bulgarien mit seiner Produktion zum Energieexporteur gemacht, ein zweites Kernkraftwerk auf der Donauinsel Belene ist derzeit in Planung. Auch Rumänien baut zusätzlich zu seinem Reaktor in Cernavoda einen zweiten Reaktor, der 2006 beginnen soll, Elektrizität zu liefern. Moldova erzeugt und verbraucht relativ wenig Elektrizität, ein Großteil des benötigten Stroms bezieht es von inländischen Wärmekraftwerken und regionalen Importeuren.

In der Region Westlicher Balkan erzielen Makedonien, Serbien und Montenegro auf der Basis importierter Energieträger eine ausgeglichene Bilanz von Energieverbrauch und Energieerzeugung. Kroatien und Albanien sind auf Elektrizitätsimporte angewiesen. Bosnien-Herzegowina, das im alten Jugoslawien dank seiner Wasser- und Wärmekraftwerke ohnehin ein wichtiger Energieproduzent war, ist derzeit als Folge der schwachen eigenen Industrieleistung sogar Elektrizitätsexporteur.

Südosteuropas Energiewirtschaft

Hohe Energieintensität der veralteten Industrieanlagen

Südosteuropa steht nach der ersten Phase der politischen Stabilisierung vor der schwierigen Aufgabe der wirtschaftlichen Erholung und Entwicklung. Seit dem Jahr 2000 können zwar alle Länder der Region positive Wachstumsraten verbuchen, doch sind diese vorwiegend auf Steigerungen im Dienstleistungsbereich zurückzuführen. Bei der industriellen Fertigung vor allem in den Ländern des Westlichen Balkans sind bisher kaum Erholungstrends zu erkennen. Die bestehenden Industrieanlagen sind überaltert, was sich nachteilig auf die Energieintensität der Produktion auswirkt. Die Industrieproduktion in Südosteuropa hat, mit Ausnahme Sloweniens, im Gesamtdurchschnitt erst knapp die Hälfte des im Jahr 1989 erzielten Outputs wieder erreicht. Immerhin werden dadurch die ebenfalls veralteten, zum größten Teil den heute üblichen technischen und umweltpolitischen Standards längst nicht mehr entsprechenden Energie-

versorgungsnetze entlastet. Saisonale, in manchen Regionen (Albanien, Kosovo) auch täglich auftretende Energieversorgungsengpässe sind trotzdem der Normalzustand.

Verschwenderischer Energieverbrauch der privaten Haushalte

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung sind in Südosteuropa spätestens dann zu einem ernststen Problem geworden, als man beginnen musste, die dabei tatsächlich anfallenden Kosten zu kalkulieren und sie den gewerblichen und privaten Verbrauchern in Rechnung zu stellen. Die Energiewirtschaft der Region ist als Erbe der sozialistischen Ära bis heute unwirtschaftlich organisiert und zudem bis heute eng mit nationalstaatlichen Interessen verflochten. In der sozialistischen Planwirtschaft wurde der Strompreis künstlich niedrig gehalten, um einerseits den Ausbau der industriellen Basis zu erleichtern und andererseits den Haushalten in Form einer versteckten Sozialpolitik (Subventionierung) einen Ausgleich für die niedrigen Einkommen zu bieten. Die einfachen Güter des täglichen Bedarfs wurden grundsätzlich subventioniert, und dies verleitete gerade im Falle des Energieverbrauchs zu unwirtschaftlichem Verhalten: Der Wärmehaushalt wurde durch Öffnen und Schließen der Fenster reguliert statt mittels Ventilen bzw. Thermostaten.

Als Konsequenz ergab sich ein verschwenderischer Energieverbrauch: In der Region wird pro Kopf im Durchschnitt doppelt soviel Energie verbraucht wie in OECD-Ländern.²⁵ Der Rohölverbrauch je Einwohner, bezogen auf das Bruttosozialprodukt pro Kopf, betrug im Jahr 2001 im südosteuropäischen Durchschnitt 0,88 US-Dollar, in den EU-15 aber nur 0,19 US-Dollar.²⁶ Im Zuge einer weiteren Erholung der Volkswirtschaften – und in der Tat kann die Region seit dem Jahr 2000 ein durchschnittliches jährliches Wirtschaftswachstum von über 5 Prozent vorweisen – wird dieser hohe spezifische Energieverbrauch aufgrund der großen Importabhängigkeit im Energieträgerbereich

²⁵ *The Road to Stability and Prosperity in South Eastern Europe*, A Regional Strategy Paper, 1.3.2000, Chapter 7: Infrastructure Programs in Support of Economic Growth and Regional Integration, D. Energy, <www.seecon.org/region/documents/wb/wbrs/chapter7.htm>.

²⁶ Jörg A. Walendy, »Stabilität durchs Netz. Die Energiegemeinschaft Südosteuropa«, in: *Osteuropa*, 54 (2004) 9–10, S. 263–276 (267).

die Kosten im Außenhandel in die Höhe treiben, und dies bei ohnehin bereits hohen Handelsbilanzdefiziten. Erschwerend kommt hinzu, dass in den letzten Jahren die Preise für importierte Energieträger ständig steigen. Die über lange Jahre niedrig gehaltenen Preise stellen insofern ein großes sozialpolitisches Problem dar, als jede Privatisierung im Energiesektor unvermeidlich eine drastische Anhebung der Verbraucherpreise nach sich zieht. Jeder hierfür verantwortliche Politiker wird die Folgen in Form entsprechender Zustimmungseinbußen zu spüren bekommen.

Kriegsfolgeschäden an der Infrastruktur

Während der Kriege in den neunziger Jahren wurden vor allem im Westlichen Balkan die vorhandenen Anlagen nicht ausreichend instand gehalten. Im Zuge der Kriegshandlungen erlitten Infrastruktur und Industrie zudem weitreichende Zerstörungen. Die Schätzungen der Kosten direkter und indirekter Kriegsschäden sind allerdings mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. So wird für Kroatien die gesamte Schadenssumme auf 23 bis 30 Mrd. US-Dollar beziffert, für Bosnien und Herzegowina geben regierungsoffizielle Stellen 47 Mrd. US-Dollar an.²⁷ In Bosnien und Herzegowina wurden »die Hälfte der Stromerzeugungskapazität und 60 Prozent der Versorgungsleitungen beschädigt, während das Verteilernetz größtenteils zerstört wurde. Die Ferngasleitungen wurden ebenfalls beschädigt.«²⁸ Wärmekraftwerke wiesen zwar kaum direkte Kriegsschäden auf, litten jedoch unter dem Mangel an Ersatzteilen und der Unterversorgung mit Kohle.²⁹ Für das Kosovo schätzte eine Studie der Universität der Bundeswehr München die Kosten der unmittelbaren Zerstörungen auf 13 Mrd. US-Dollar, weitere 18 Mrd. US-Dollar wurden für langfristige volkswirtschaftliche Schäden veranschlagt. Belgrad bezifferte die Schäden an der Infrastruktur

Serbiens auf rund 90 Mrd. US-Dollar, unabhängige Wirtschaftsexperten nennen eine Summe von 37 Mrd. US-Dollar. Das Wirtschaftsforschungsinstitut Economist Intelligence Unit schätzt die Kriegsfolgekosten Jugoslawiens (Serbien und Montenegro) alleine für das Jahr 1999 auf 55 Mrd. US-Dollar,³⁰ die Experten-Gruppe G 7 in Belgrad errechnete eine Summe von rund 30 Mrd. US-Dollar.³¹ Für die Nachbarländer Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Mazedonien und Rumänien geben Weltbank und Internationaler Währungsfonds 1,2 Mrd. US-Dollar an, die der Kosovo-Krieg an Kosten verursacht hat.³²

Mehrwert regionaler Vernetzung

Die einzelnen Energiemärkte sind auf das jeweilige nationale Territorium beschränkt, Wettbewerb oder Spitzenausgleich über die Landesgrenzen hinweg findet wegen der unterschiedlichsten staatlichen Regulierungen und mangels technischer Ausrüstung bisher nur in sehr geringem Maße statt. Eine der Folgen sind zu hohe Kosten. Als Lösung liegt die Überlegung nahe, über einen integrierten Energiemarkt die Grundvoraussetzungen für einen produktiven Wettbewerb zu schaffen und dafür das Interesse ausländischer Investoren zu wecken.

Die Weltbank und die Europäische Kommission haben in Grundsatzpapieren zunächst die Idee eines arbeitsteiligen Aufbaus der Energieinfrastruktur entwickelt.³³ Jörg Walendy fasst die in diesen Papieren dokumentierten Vorschläge eines »Energy Banking« wie folgt zusammen: »So könnte Serbien, das über Heizkraftwerke auf der Basis fossiler Brennstoffe verfügt, die Grundlastversorgung von Albanien und Bosnien sichern, die einen hohen Anteil ihres Stroms in Wasserkraftwerken produzieren, die eigentlich für die Abwicklung der Spitzenlast gedacht sind. Im Gegenzug kann Albanien seine klimaabhängigen

²⁷ Siniša Kušić, *Was wir über Kroatien wissen sollten – Geschichte, Kultur, Mentalität*, Commerzbank, Europa-Forum, November 2004, <https://www.commerzbank.de/konzern/engagement/oekonomie/europa/kroatien/vortrag_kusic.pdf>; siehe auch Michael Chossudovsky, *Die Aufspaltung Jugoslawiens und Rekolonialisierung Bosniens*, Ottawa 1996, <www.emperors-clothes.com>.

²⁸ »Sonderbericht der EU-Kommission Nr. 5/98 über den Wiederaufbau im ehemaligen Jugoslawien (im Zeitraum 1996–1997)«, in: *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*, C 241, 31.7.1998, <www.eca.eu.int/audit_reports/special_reports/docs/1998/rs5_c241de.pdf>, S. 25.

²⁹ Ebd., S. 51.

³⁰ Götz Neuneck/Jürgen Scheffran, »Die Grenzen technischer Kriegführung«, in: *Spektrum der Wissenschaft*, (Januar 2000), S. 90, <www.netzwerk-regenbogen.de/Kosovo_Spektrum_d_Wissenschaft.html>.

³¹ Andreas Wittkowsky, *Stabilität durch Integration? Südosteuropa als Herausforderung für die Europäische Union*, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2000.

³² Ebd.

³³ World Bank, *Framework for Development of Regional Energy Trade in South East Europe*, Washington, DC 2004; EU Commission, *Strategic Paper on the Regional Electricity Market in South East Europe and Its Integration into the European Union Internal Electricity Market*, Brüssel 2002.

Wasservorräte sparen und bei Bedarf der Region preisgünstig produzierte Spitzenlast zukommen lassen. Grundlastüberschüsse in Serbien oder Bulgarien können zudem genutzt werden, um Wasser in die Speicherseen in Albanien oder Bosnien-Herzegowina zu pumpen.«³⁴ Dies sind sicherlich richtige Überlegungen. Will man sie aber in die Tat umsetzen, sind grundlegende politische Entscheidungen zu treffen und wirtschaftliche und technische Voraussetzungen zu schaffen, die bislang in der Region selbst nicht gegeben sind.

Die allgemeine Lage im südosteuropäischen Energiesektor lässt sich mit folgenden Stichworten umreißen:

- ▶ Die bestehenden Kraftwerke und die Industrieanlagen sind überaltert, was eine hohe Energieintensität der Produktion zur Folge hat.
- ▶ Der durchschnittliche Energieverbrauch der Privathaushalte beträgt pro Quadratmeter Wohnfläche das Zweieinhalbfache des nordeuropäischen Durchschnitts. Trotzdem wird berichtet, dass je nach Land zwischen ein Viertel und ein Drittel der Haushalte nicht die Mindestwärme beheizter Räume je Person erreicht. Die Sterblichkeit in den Wintermonaten hat sich in der gesamten Region auf eine Rate von über dreißig Prozent über dem monatlichen Durchschnitt erhöht. Betroffen sind vor allem sogenannte arme Haushalte.³⁵
- ▶ Über die Hälfte der Haushalte verwendet zum Heizen und Kochen Holz und Holzkohle. Luftverschmutzung in den Wohnungen und chronische Krankheiten sind die Folgen.
- ▶ Die technologisch rückständigen Heizkraft- und Elektrizitätswerke verursachen hohe Luft- und Wasserverschmutzung. Der Kohlendioxid-Ausstoß pro Bruttoinlandsprodukteinheit ist mehr als doppelt so hoch wie der Weltdurchschnitt.³⁶
- ▶ Eines der Hauptziele der kriegführenden Parteien in Bosnien-Herzegowina war es, die Energieversorgungsnetze zu zerstören und voneinander abzutrennen. In Sarajewo waren alle Hochspannungsleitungen jahrelang außer Funktion. Die Stadt hatte drei Jahre lang keine Elektrizität und damit teilweise auch kein Wasser, da die Pumpenanlagen nur zum Teil behelfsmäßig mit Dieselaggregaten

³⁴ Walendy, »Die Energiegemeinschaft Südosteuropa« [wie Fn. 26], S. 263.

³⁵ UNDP, *Stuck in the Past: Energy, Environment and Poverty in Serbia and Montenegro*, 2004, <www.undp.org/energy/stuckpast.htm>.

³⁶ Ebd.

betrieben werden konnten. Die Versorgung Bosnien-Herzegowinas mit Gas aus Russland war unterbrochen, da die durch Serbien führenden Pipelines gekappt wurden. Die kalten Winter zwangen die Bevölkerung in Bosnien-Herzegowina, verstärkt Holz als Brennmaterial zu nutzen, was beispielsweise in Sarajewo die Abholzung sämtlicher Bäume in der Stadt zur Folge hatte.³⁷

- ▶ Das bereits in sozialistischen Zeiten unzureichende Zusammenwirken der nationalen Energienetze (so war beispielsweise Albanien unter Enver Hoxha völlig abgeschnitten und Jugoslawien war am Netz der Staaten des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe nicht beteiligt) wurde im Ergebnis der Balkankriege in den neunziger Jahren zusätzlich beeinträchtigt. Bis heute ist in Bosnien-Herzegowina der Elektrizitätsmarkt entlang der Entitätsgrenzen geteilt, und für jeder der beiden Entitäten (Bosniakisch-kroatische Föderation und Republika Srpska) gilt ein eigenes Elektrizitätsgesetz.

Damit stellt sich für die so dringend nötige wirtschaftliche Erholung und Entwicklung in Südosteuropa das Problem, wie Angebot und Nachfrage nach Energie ausgeglichen werden können. Ein solcher Ausgleich ist die Grundvoraussetzung für dauerhaftes und stabiles Wirtschaftswachstum, das wiederum unweigerlich vermehrten Energieverbrauch nach sich zieht. Konkret sind folgende Aufgaben zu lösen:

1. Bestehende Kraftwerke müssen modernisiert werden, um deren Effektivität und Umweltverträglichkeit zu erhöhen;
2. der enorme spezifische Energieverbrauch (Verbrauch je Produktionseinheit) in der Industrie muss entsprechend internationalen Standards deutlich reduziert werden;
3. dasselbe gilt für die privaten Haushalte, in denen insbesondere energiesparende Geräte und eine effizientere Wärmeversorgung nötig sind;
4. durch Energiehandel innerhalb der Region und mit Nachbarn außerhalb der Region, vornehmlich mit der EU, ist ein regionaler Energiemarkt/-verbund auszubilden, der für eine Verbesserung des Versorgungsangebots und gleichzeitig für Kostenreduzierungen sorgen wird;
5. hierauf aufbauend sollten künftige Investitionen durch intraregionale Abstimmung optimal genutzt werden;

³⁷ Kemal Kurspahic, *Trees for Sarajevo after the War*, Frühjahr 1998, <<http://greenhorizon.rec.org/bulletin/Bull81/Sarajevo.html>>.

6. durch internationale Kooperation beim Bau von Erdöl- und Gaspipelines ist die Primärenergieversorgung sicherzustellen.

Während die Aufgaben 1 bis 3 als nationale angesehen werden können, sind die Aufgaben 4 bis 6 länderübergreifend angelegt und erfordern als solche politische und technische regionale Kooperation und darüber hinaus die Eingliederung der Region in die internationale Energiewirtschaft und -politik.

Für die Lösung fast aller damit zusammenhängender Probleme (Ausnahme ist hier lediglich der Bereich der privaten Haushalte) ist angesichts der sehr beschränkten eigenen Finanzierungsmöglichkeiten der Länder in der Region erhebliches finanzielles Engagement außerregionaler Akteure gefordert. Eine Gemeinschaftsstudie der Weltbank, der USA und der Europäischen Kommission hat die Investitionen, die nötig wären, um Südosteuropa auf das Niveau der Versorgungssicherheit der EU zu heben, allein für die Elektrizitätsversorgung (Wiederherstellung, neue Kapazitäten und Transmissionseinrichtungen) auf 25 Mrd. US-Dollar beziffert.³⁸

³⁸ *The European Union's CARDS Programme for the Balkan Region – Contract No. 52276, REBIS-GIS, Final Report, 31.12.2004, <http://siteresources.worldbank.org/INTECAREGTOPPOWER/Home/20551044/Volume%201%20-%20Exec%20sum_final.pdf>.*

Südosteuropas Stellenwert in der EU-Energiepolitik

Bereits im Jahr 2002 hat die Europäische Union angesichts der dringenden Notwendigkeit, Anschluss zu alternativen Energiequellen im Raum des Kaspischen Meeres, in Zentralasien und im Nahen Osten sowie am südlichen Mittelmeerrand zu finden und bestehende Versorgungswege weiter auszubauen, die Region Südosteuropa als wichtige Transitregion und Transitdrehscheibe identifiziert.

Im Rahmen des sogenannten Athener Prozesses (seit 2002)³⁹ wurden die Länder Südosteuropas eingeladen, Gespräche über die künftige Gestaltung des Energiemarktes in ihrer Region aufzunehmen. Dabei verwies die EU auf Unzulänglichkeiten der Region und die Notwendigkeit einer umfassenden Entwicklungsstrategie für den Energiebereich: Die Preise für Energie bewegten sich deutlich unter dem Niveau anderer Märkte, Preis- und Tarifstrukturen waren und sind weder geeignet, Kosten zu decken noch eventuelle Investoren anzuziehen (die zudem noch von ungünstigen politischen und institutionellen Rahmenbedingungen abgeschreckt werden), traditionelle Transportverbindungen waren unterbrochen, die Institutionen im Energiesektor sind dominiert von vertikal integrierten staatlichen Einheiten. Hinzu kam, dass Energiepolitiken, Gesetze und Standards der einzelnen Länder, vor allem auch gemessen an den europäischen Normen und Praktiken, sehr unterschiedlich waren.

In Vorgesprächen hatte sich gezeigt, dass in diesem vielschichtigen Problemfeld weitgehende Interessengleichheit bei allen angesprochenen Staaten herrschte und sie insofern grundsätzlich gesprächsbereit waren, und dies nicht nur wegen des in Aussicht stehenden finanziellen Engagements der EU. Zunächst wurden ausschließlich die aus einem gemeinsamen Energiemarkt Südosteuropa erwachsenden direkten Vorteile betont. In diesen Kontext gehört natürlich auch die Frage, wie die Energieversorgung der Region in Zukunft sichergestellt werden kann.

Den EU-Verantwortlichen war jedoch gleichzeitig klar, dass die Region Südosteuropa in ihrem zerrissenen und in bezug auf Regulierungsmechanismen,

technische Standards und rechtliche Rahmenwerke äußerst heterogenen Zustand keinesfalls geeignet ist, in das Konzept einer globalen, diversifizierten Versorgungsstruktur der EU eingegliedert zu werden.

Die Energiegemeinschaft EU-Südosteuropa

Nach längeren Verhandlungen, die die EU-Kommission, unterstützt vom Stabilitätspakt für Südosteuropa, im Auftrag der EU-Mitgliedstaaten mit den Ländern der Region geführt hatte, wurde am 8. Dezember 2003 das Athener Memorandum of Understanding unterzeichnet.⁴⁰ Darin sind bereits die wichtigsten Verpflichtungen der beteiligten Parteien in bezug auf den im nächsten Schritt angestrebten Vertrag festgelegt. Die wesentlichen Verpflichtungen sind:

- ▶ Schaffung eines regional integrierten Energiemarktes für Elektrizität und Erdgasnetzwerke und dessen Integration in den weiteren EU-Markt;
- ▶ Vereinbarung allgemeingültiger Regeln für die Erzeugung, den Transport und die Verteilung von Elektrizität;
- ▶ Vereinbarung allgemeingültiger Regeln für den Transport, die Verteilung, die Bereitstellung und Speicherung von Erdgas;
- ▶ Einrichtung nationaler Energie-, Regulierungs- und Transportbehörden auf staatlicher Ebene;
- ▶ Formulierung kompatibler Aktionspläne für den Elektrizitäts- und den Erdgasmarkt auf staatlicher und regionaler Ebene;
- ▶ Einrichtung von Lösungsmechanismen für regionale Streitigkeiten;
- ▶ Autorisierung transparenter Verfahren bei neuen Infrastrukturvorhaben;
- ▶ Unterstützung für Antikorruptionsprogramme;
- ▶ Schaffung rechtlicher Voraussetzungen dafür, dass dritte Parteien sich diesem Verbundsystem und gemeinsamen Markt anschließen können.⁴¹

⁴⁰ Memorandum of Understanding on the Regional Electricity Market in South East Europe and Its Integration into the European Union Internal Electricity Market, signed in Athens, 8.12.2003 (»The Athens Memorandum – 2002«), <www.seerecon.org/infrastructure/documents/mou-rem-see.pdf>.

⁴¹ Ebd.

³⁹ Beschlossen auf dem EU-Gipfel vom November 2002 in Thessaloniki. Ziel: ein stabiler und wettbewerbsfähiger regionaler Markt für Elektrizität in Südosteuropa.

Am 25. Oktober 2005 wurde in Athen der (überhaupt) erste multilaterale Vertrag im neuen Südosteuropa nach den großen politischen Veränderungen und Verwerfungen in der ersten Hälfte der neunziger Jahre unterzeichnet, der Vertrag zur Gründung der Energiegemeinschaft.⁴² Mit ihm wurde ein Rechtsrahmen für einen integrierten Energiemarkt in Südosteuropa geschaffen. Unterzeichner sind die Europäische Union und neun südosteuropäische Partner: Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Montenegro, die ehemalige jugoslawische Republik Makedonien, Albanien, Rumänien, Bulgarien und die Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen für das Kosovo, UNMIK. Mit der Türkei wird über einen späteren Beitritt zum Vertrag verhandelt. Inhaltlich werden im Vertrag Regelungen zu Erdgas und Elektrizität getroffen.

Für die Europäische Union unterschrieben der Energiekommissar Andris Piebalgs und der britische Energieminister Alan Johnson seitens der Ratspräsidentschaft. Für die an der Energiegemeinschaft beteiligten südosteuropäischen Staaten unterzeichneten die jeweils zuständigen Minister sowie der UN-Vertreter im Kosovo. Als in spezifischer Weise interessierte und involvierte Staaten unterzeichneten zudem Österreich, Griechenland, Ungarn, Italien und Slowenien eine besondere Erklärung, in der sie ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Vertragspartnern bekunden. Bei der Unterzeichnung waren auch Regierungsvertreter aus den übrigen EU-Mitgliedstaaten anwesend sowie Vertreter Norwegens, Moldovas und Ungarns, die eine Beobachterrolle bei der Vorbereitung der Energiegemeinschaft hatten, außerdem Vertreter der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, der Weltbank, der USA, Kanadas und des Stabilitätspakts für Südosteuropa.

Vertragspartner sind die Europäische Gemeinschaft und die genannten Staaten Südosteuropas, was auch erklärt, warum die breitere Bezeichnung »Energiegemeinschaft« und nicht die engere »Südosteuropa-Energiegemeinschaft« gewählt wurde. Langfristige Zielsetzung ist die Schaffung eines gemeinsamen integrierten Energiemarktes. Es soll dadurch erreicht werden, dass die Länder Südosteuropas den für den Energiebereich geltenden *Acquis Communautaire* der EU übernehmen, womit der Energiebinnenmarkt der EU auf die gesamte Balkanhalbinsel ausgedehnt

würde. Der einschlägige gemeinschaftliche Besitzstand soll in der Folge in den Bereichen Energie, Umwelt und Wettbewerb auch in Südosteuropa gelten. Marktöffnung, Investitionsgarantien und eine strenge Regulierungsaufsicht über die Energiesektoren sollen gefördert werden.

Mit der Unterzeichnung des Vertrags über die Errichtung der Energiegemeinschaft sollten die sehr unterschiedlichen Bedingungen in Südosteuropa harmonisiert werden, auch um die so notwendige regionale Zusammenarbeit zu verbessern und den regionalen Austausch von Elektrizität zu fördern. Allein für dieses Vorhaben sind enorme Investitionen vonnöten, die die Länder selbst nicht aufbringen können. Um aber ausländische Finanzierungsbeiträge zu ermöglichen, ist die Schaffung eines transparenten und harmonisierten Gesamtmarktes eine entscheidende Voraussetzung.

Südosteuropa als Transitregion

Aus Sicht der EU ist jedoch langfristig – und hier kommt vor allem das Eigeninteresse der EU zum Tragen – das Vorhaben wichtiger, Südosteuropa auf die Rolle einer Transitregion für die diversifizierte Energieversorgung Zentraleuropas vorzubereiten und die entsprechenden Netze auszubauen. In diesem Zusammenhang sind Projekte für den Transit der beiden wichtigsten Energieträger geplant: Aus- und Neubau von Öltransportleitungen und, langfristig bedeutsamer und essentieller Bestandteil des neuen Vertrags über die Energiegemeinschaft, Ausbau eines Erdgastransport- und -verteilungsnetzes.

Dass die Vision eines auch Südosteuropa umfassenden harmonisierten gesamteuropäischen Energiemarktes ein sehr langfristiges Ziel markiert, ist bereits daran zu ersehen, dass ein funktionierender Energiebinnenmarkt auch innerhalb der EU erst im Entstehen begriffen ist. Im März 2006 veröffentlichte die Europäische Kommission ihr Grünbuch »Eine Europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie«.⁴³ Darin wird nicht nur zur Erreichung der drei Hauptziele Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit aufgefördert, es werden auch deutlich die noch beste-

⁴² *Treaty Establishing the Energy Community*. Der vollständige Text des Vertrags ist zugänglich über die Website der Energiegemeinschaft: <www.energy-community.org/>.

⁴³ Europäische Kommission, *Grünbuch »Eine Europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie«*, Brüssel, 8.3.2006, <http://ec.europa.eu/energy/green-paper-energy/doc/2006_03_08_gp_document_de.pdf>.

henden Unzulänglichkeiten des Energiebinnenmarktes aufgezeigt. Die Unvollkommenheit des EU-Energiemarktes war auch eines der Hauptthemen auf dem EU-Gipfel Ende März 2006 in Brüssel. Bei seinem Besuch in Berlin wies EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso einmal mehr darauf hin, dass die EU mit 25 verschiedenen Energiemärkten keinen Erfolg haben könne. Bei ihrem vorbereitenden Treffen zum EU-Gipfel konnten sich die EU-Außenminister am 20. März 2006 noch nicht auf eine gemeinsame Position zu den Möglichkeiten und Grenzen einer EU-weiten Energiepolitik einigen.⁴⁴

Insgesamt ist erkennbar, dass der Vertrag über die Schaffung einer Energiegemeinschaft der EU mit den Staaten Südosteuropas zunächst den kurz- und mittelfristigen Interessen der EU an deren eigener Energiesicherung dient. Die Vervollkommnung eines gesamteuropäischen gemeinsamen Energiemarktes ist zwar auch Bestandteil der Vereinbarungen, sie wird sich aber angesichts der Unvollkommenheit der Verhältnisse innerhalb der EU nur langfristig erreichen lassen. Unbeschadet dessen ist die Übernahme des EU-Acquis für den Bereich Energiewirtschaft durch die Staaten Südosteuropas ein wichtiges Element bei der Schaffung eines harmonisierten regionalen Marktes. Die südosteuropäischen Staaten werden damit auch rechtzeitig auf die künftige Eingliederung in den EU-Markt vorbereitet.

Projekte für Erdgasleitungen nach und durch Südosteuropa

Das aus Sicht beider Vertragspartner wichtigste Vorhaben des Vertrags über die Energiegemeinschaft ist der Ausbau eines leistungsfähigen Erdgasleitungsnetzes, das künftige Lieferungen aus Nahost, dem kaspischen Raum und aus Zentralasien transportieren soll. Mit seinen Gasressourcen ist Iran an sich für die künftige Erdgasversorgung noch bedeutsamer als Zentralasien, doch stehen dieser Option bisher politische Hindernisse im Wege. Karte 1 zeigt, dass Europa mit Erdgas aus Nicht-EU-Ländern – abgesehen von den Lieferungen aus Algerien (und Norwegen) – ausschließlich über die Nordostrouten aus Russland via Belarus und Polen bzw. über die Ukraine versorgt wird. In Karte 2 (S. 21) sind die bestehenden vielfälti-

gen Verbindungen bis nach Zentralasien und zum südlichen Mittelmeerrand noch deutlicher zu erkennen.

Beiden Karten lässt sich entnehmen, dass Südosteuropa bisher nur bruchstückhaft mit Erdgasleitungen versehen ist, nach derzeitigen Planungen aber über vier Zugänge sowohl selbst versorgt als auch zur Durchgangsregion ausgebaut werden soll. Die vier Vorhaben sind das Nabucco-Projekt, die ZentralBalkan-Leitung, ein Flüssiggasterminal an einem kroatischen Hafen und die Italien-Leitung.

1. Das Nabucco-Projekt. Im Rahmen dieses Projekts soll eine 3300 km lange Erdgasleitung von Ankara über Bulgarien, Rumänien und Ungarn bis nach Baumgarten in Niederösterreich gebaut werden. In der Türkei wird die Leitung Anschluss an die Südkaukasus-Pipeline (SCP) erhalten. Zwischen Iran und Aserbaidschan lagern die zweitgrößten Erdgasreserven der Welt, sie sind achtmal so groß wie jene Nordafrikas und nur ein Drittel kleiner als die sibirischen. Der Vorteil dieser Sammelleitung wäre, dass mehrere Länder sie für ihre Lieferungen nutzen könnten: Iran, Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan, Syrien, Ägypten und die Türkei.

Etwa die Hälfte der Liefermenge (zwischen 8 und 13 Mrd. Kubikmeter im Jahr 2011 und 25 bis 31 Mrd. Kubikmeter 2020⁴⁵) soll bis Baumgarten fließen, die andere Hälfte soll in jenen Ländern verbleiben, die von der Leitung durchquert werden. Der österreichische Energieminister Bartenstein hatte hochrangige Regierungsvertreter der beteiligten Länder und der EU-Kommission zum 27. Juni 2006 nach Wien eingeladen, wo eine gemeinsame Absichtserklärung unterzeichnet wurde.⁴⁶ Es wird erwartet, dass bis Ende 2007 die endgültige Entscheidung über den Bau der Nabucco-Leitung fallen wird (siehe auch Exkurs, S. 20).

2. Die ZentralBalkan-Leitung. Eine alternative, unter Umständen auch als Abzweigung von Nabucco zu bauende Gasleitung könnte ebenfalls aus der Türkei, aber statt über Bulgarien und Rumänien über Skopje (Makedonien), Niš (Südserbien) und Sarajevo (Bosnien-Herzegowina) nach Kroatien und von dort weiter nach Mitteleuropa führen.

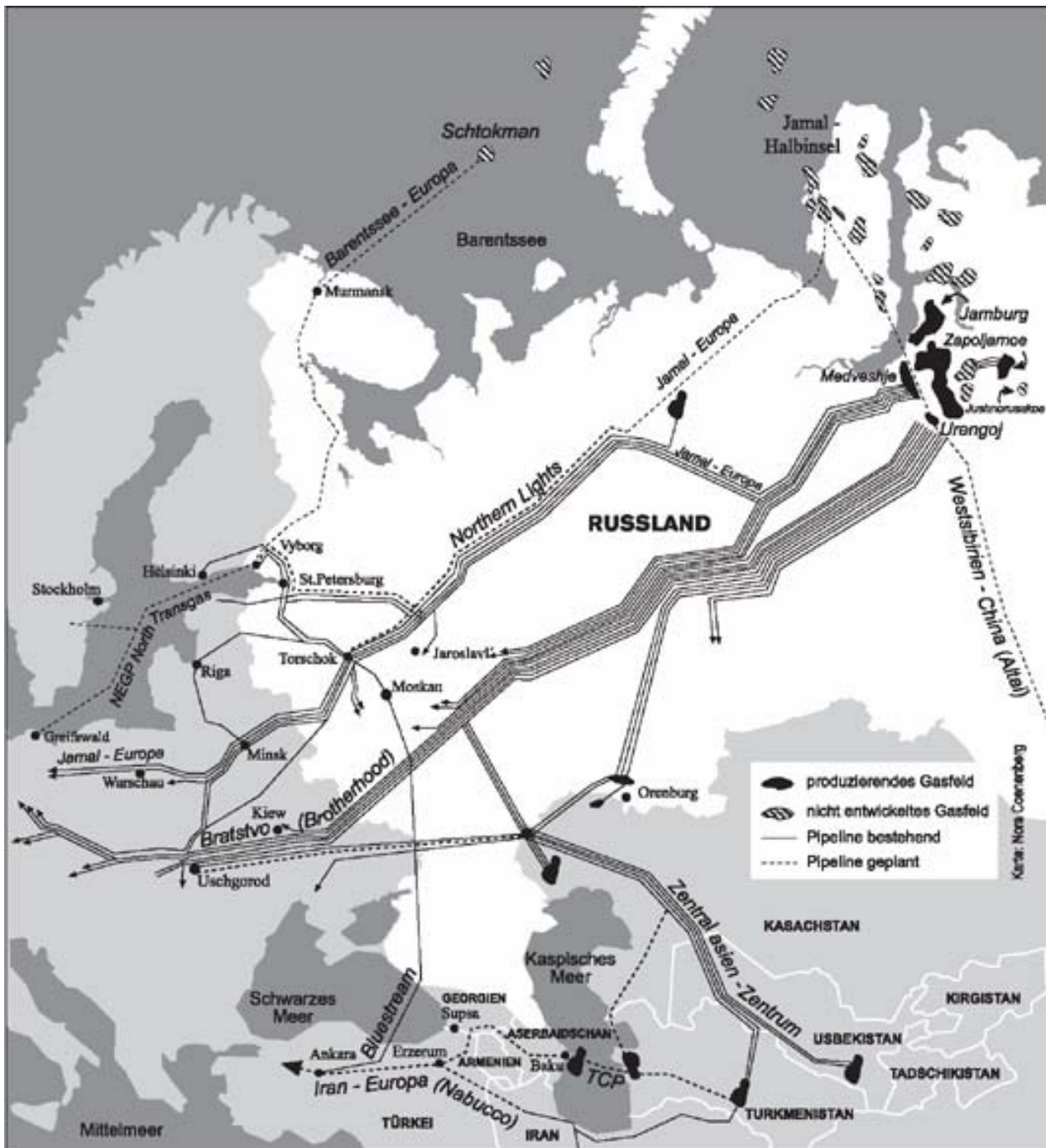
3. Ein Flüssiggas-Terminal an einem kroatischen Hafen. Für dieses seit längerem diskutierte Projekt werden als mögliche Partner neben der österreichi-

⁴⁴ Siehe hierzu »Plädoyer für EU-Energiemarkt«, in: *Handelsblatt*, 21.3.2006.

⁴⁵ Zum Vergleich: Die geplante Ostseepipeline soll 55 Mrd. Kubikmeter pro Jahr befördern.

⁴⁶ Pressemitteilung des österreichischen Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, »Nabucco ist das wichtigste Energieprojekt Europas«, Wien, 27.6.2006, <www.europa-web.de/europa/03euinf/10counc/nabuccopipe.htm>.

Karte 1
Erdgasleitungen nach Westeuropa



© SWP, 2007.

schen ÖMV die italienische ENI, die kroatische INA, die deutsche RWE und die französische Total genannt.⁴⁷ Während noch vor Jahren die geplanten

Kosten als zu hoch erschienen, hat sich nach dem enormen Anstieg der Erdölpreise, denen der Erdgaspreis üblicherweise mit einem gewissen Abstand folgt, die Kalkulationsbasis deutlich verbessert. Der Preis für Erdgas aus den normalen Leitungen ist je

47 »Gasdrehscheibe Süd-Ost« [wie Fn. 5], S. 52.

Exkurs:

Russische Reaktionen auf das Nabucco-Projekt

Nach dem Eindruck westlicher Beobachter ist Russland nicht gerade erfreut über dieses Projekt.^a Allerdings hätte das Land die Möglichkeit, die Nabucco-Pipeline ebenfalls zu nutzen: Über die »Blue Stream-Pipeline«, die von Russland durch das Schwarze Meer nach Süden in die Türkei führt, könnte es Gas einspeisen. Bisher wird diese Leitung lediglich zu 25 Prozent ausgelastet, da die Türkei zur Zeit noch nicht so viel Erdgas benötigt. Dies wird sich in den kommenden Jahren jedoch schnell ändern: Wurden in der Türkei im Jahre 1998 10 Mrd. Kubikmeter Erdgas verbraucht, sollen es im Jahr 2010 schon 54 Mrd. und bis 2020 79 Mrd. Kubikmeter sein.^b Bereits heute kann die Türkei nur noch knapp 30 Prozent ihrer Primärenergienachfrage mittels eigener Ressourcen decken.

Gazprom hat im Februar 2006 einen Gegenvorschlag unterbreitet, nämlich den Bau einer mit Nabucco konkurrierenden Parallellleitung, die ebenfalls von der Türkei über Bulgarien und Rumänien nach Ungarn führen soll.^c Die Besonderheit dieser »South European Gas Pipeline« (SEGP) ist zum einen, dass sie zunächst ausschließlich russisches Erdgas aus der bisher nur teilweise genutzten »Blue Stream«-Leitung befördern soll, und zum anderen, dass als europäische Verteilerstelle (*hub*) nicht Österreich, sondern Ungarn vorgesehen ist. Das ungarische Energieunternehmen Mol (ein Mitglied des

Nabucco-Konsortiums) hat gemeinsam mit Gazprom ein Unternehmen gegründet, um eine Machbarkeitsstudie für SEGP zu erstellen. Angeblich hat die ungarische Regierung Moskau signalisiert, dass sie – abweichend von der EU, die Nabucco unterstützt – die SEGP-Variante präferiere.^d

Gleichzeitig hat Gazprom mit der serbischen Regierung verhandelt und angeboten, 800 Mio. Euro in den Bau einer 400 km langen Erdgasleitung von der bulgarischen zur kroatischen Grenze zu investieren. Ein entsprechendes Memorandum of Understanding wurde am 1. August 2006 in Belgrad unterzeichnet. Diese Leitung sollte dann über Slowenien nach Westeuropa führen und wäre ebenfalls an die »Blue Stream«-Leitung Russland-Türkei angebunden.^e

a Interview mit Otto Musilek, Geschäftsführer der OMV Gas: »Gaspipeline zwischen Iran und Europa bis 2007 entschieden«, in: *Deutsche Welle*, 1.9.2006, <www.dw-world.de>.

b Yildiz Arıkan, »Energy Issue and Opportunities for Turkey«, in: Franz-Lothar Altmann/John Lampe (Hg.), *Energy and the Transformation Process in Southeast Europe*, Gütersloh: Bertelsmann Foundation Publishers, 2000, S. 196.

c *Eurasia Daily Monitor*, 30.6.2006.

d *Eurasia Daily Monitor*, 21.9.2006.

e *BBC*, 31.7.2006; »Gas-Pipeline südlich von Save und Donau geplant«, in: *Bulgarisches Wirtschaftsblatt*, (September 2006), S. 45.

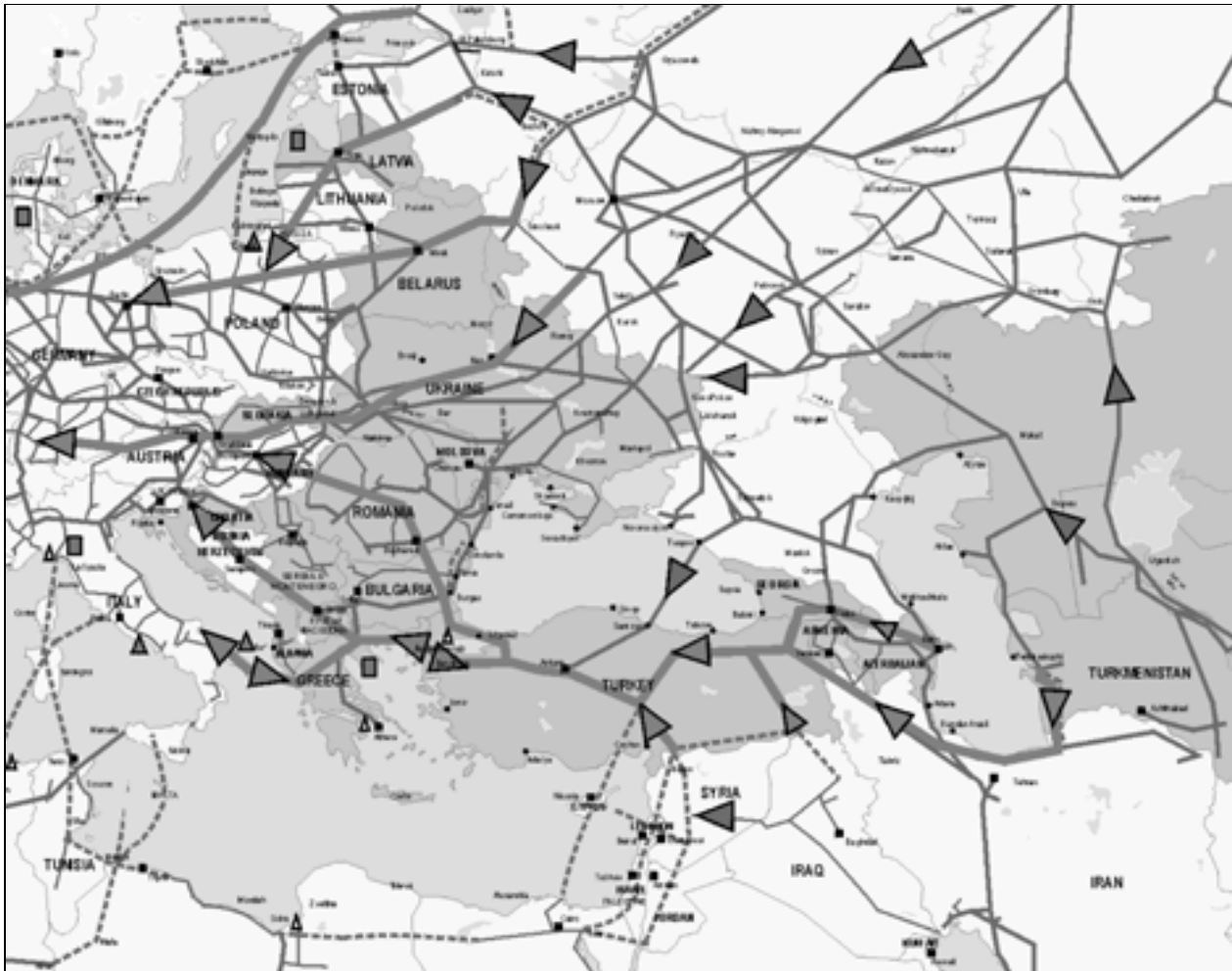
nach Kontrakt für ein bis fünf Jahre festgeschrieben und damit Schwankungen entzogen, wie sie beim Ölpreis bekannt sind. Ein starkes Wachstum des Marktes für LNG (Liquefied Natural Gas) wird in den kommenden Jahren zur Folge haben, dass sich der Gaspreis vom Ölpreis abkoppelt und Flüssiggas auf einem eigenen, dem Ölmarkt ähnlichen freien globalen Markt gehandelt wird. LNG kann dann je nach Angebot auch aus dem Nahen Osten oder Venezuela anstatt aus Russland oder Kasachstan gekauft werden. Brüssel hat dementsprechend in seinem Grünbuch zur Energiestrategie für Europa vom März 2006 LNG als Schlüssel für eine Diversifizierung der Erdgasversorgung benannt.⁴⁸

48 Andrew Rettman, »Liquid Gas Market Could Soothe EU Energy Fears«, in: *euobserver.com*, 23.6.2006, <http://euobserver.com/863/21950>.

4. Die sogenannte Italien-Leitung. Diese Pipeline könnte aus der Türkei durch Griechenland nach Brindisi in Apulien führen und dort an bereits bestehende Leitungen angeschlossen werden. Im Rahmen seiner Griechenland-Avancen hat Gazprom Interesse an einer Beteiligung an diesem Projekt bekundet.⁴⁹

49 »Russia Seeks Oil and Gas Pipeline Deals with Greece«, in: *Financial Times*, 4.9.2006.

Karte 2
 Prioritätsachsen für Erdgaspipelines



- Existierende Erdgaspipelines
- Erdgaspipelines im Entwurf/im Bau/im Ausbau
- ➔ Vorgeslagene Prioritätsachsen für Erdgas
- △ Vorhandene bzw. geplante LNG-Terminals
- Geplante unterirdische Gaslager
- INOGATE-Teilnehmerstaaten

Quelle: Interstate Oil and Gas Transport to Europe (INOGATE), *INOGATE Map of Natural Gas Pipelines* [Ausschnitt], <www.inogate.org/en/images/maps/gas_map_big.gif>, Stand Dezember 2003.

Die neue Geopolitik der Ölpipeline-Projekte

Obwohl die Erdölversorgung Südosteuropas und der Europäischen Union nicht ausdrücklicher Gegenstand des neuen Vertrags zur Gründung der Energiegemeinschaft ist, muss die Projektierung von Pipelines für den Erdöltransit durch die Balkanhalbinsel als Beitrag zur geostrategischen Versorgungssicherung Europas gesehen werden. Bereits in den siebziger und achtziger Jahren hatten die USA versucht, den Bau von Pipelines zwischen der damaligen Sowjetunion und Westeuropa zu verhindern und den damit verbundenen Transfer von Technologie zu unterbinden. Seit den neunziger Jahren drängen die USA auf die Einrichtung eines Ost-West-Energiekorridors für kaspisches Öl und Gas, der nicht über russisches Territorium führt. Die USA sehen die Sicherung der Energieversorgung Europas als gemeinsames euro-atlantisches Projekt an: Die EU als wichtigster Partner bei der Erfüllung weltweiter friedenssichernder Aufgaben muss über ein Höchstmaß an Versorgungssicherheit verfügen, die sich nicht auf amerikanische Ressourcen stützen kann. Die USA sind zudem auch daran interessiert, sich an gewinnversprechenden Investitionsvorhaben zu beteiligen und bei geschäftlichen und geostrategischen Entscheidungen Mitsprache zu erlangen.⁵⁰

Einschlägige Projekte stehen im Zusammenhang mit der beabsichtigten Steigerung der Erdöllieferungen aus dem kaspischen Raum und deren Verschiffung durch das Schwarze Meer in Richtung Westen, wobei die Ölproduktion am Kaspischen Meer bald die Durchlasskapazität des Bosphorus überfordern wird. Zwei Erdölpipelines sind derzeit in Planung, wobei interessanterweise die südliche Route (das AMBO-Projekt – siehe dazu das folgende Unterkapitel und Karte 4, S. 24) nach jetzt diskutiertem Stand nicht dem Prioritätenvorschlag im EU-Projekt INOGATE (Karte 3)

⁵⁰ Siehe hierzu Vladimir Socor, »Energy Security as a Euro-Atlantic Concern«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 6.9.2006, <www.jamestown.org/edm/article.php?article_id=2371411>; Owen Matthews, »The Politics of Pipelines«, in: *Newsweek*, 3.7.2006; Imran Khan, »Eurasia – the New Geopolitics of Pipelines«, in: *World Security Network Newsletter*, 6.9.2006; Matthias George, »Geostrategische Interessen und Öl in Eurasien«, in: *Zeit-Fragen* (Zürich), (2.7.2001) 81b, <www.zeit-fragen.ch/ARCHIV/ZF_81b/T05.HTM>.

entspricht.⁵¹ Die dicken Pfeile in Karte 3 kennzeichnen die neuen Erdölpipeline-Routen und verdeutlichen, dass vor allem eine Stärkung der südöstlichen Schiene vorgesehen ist.

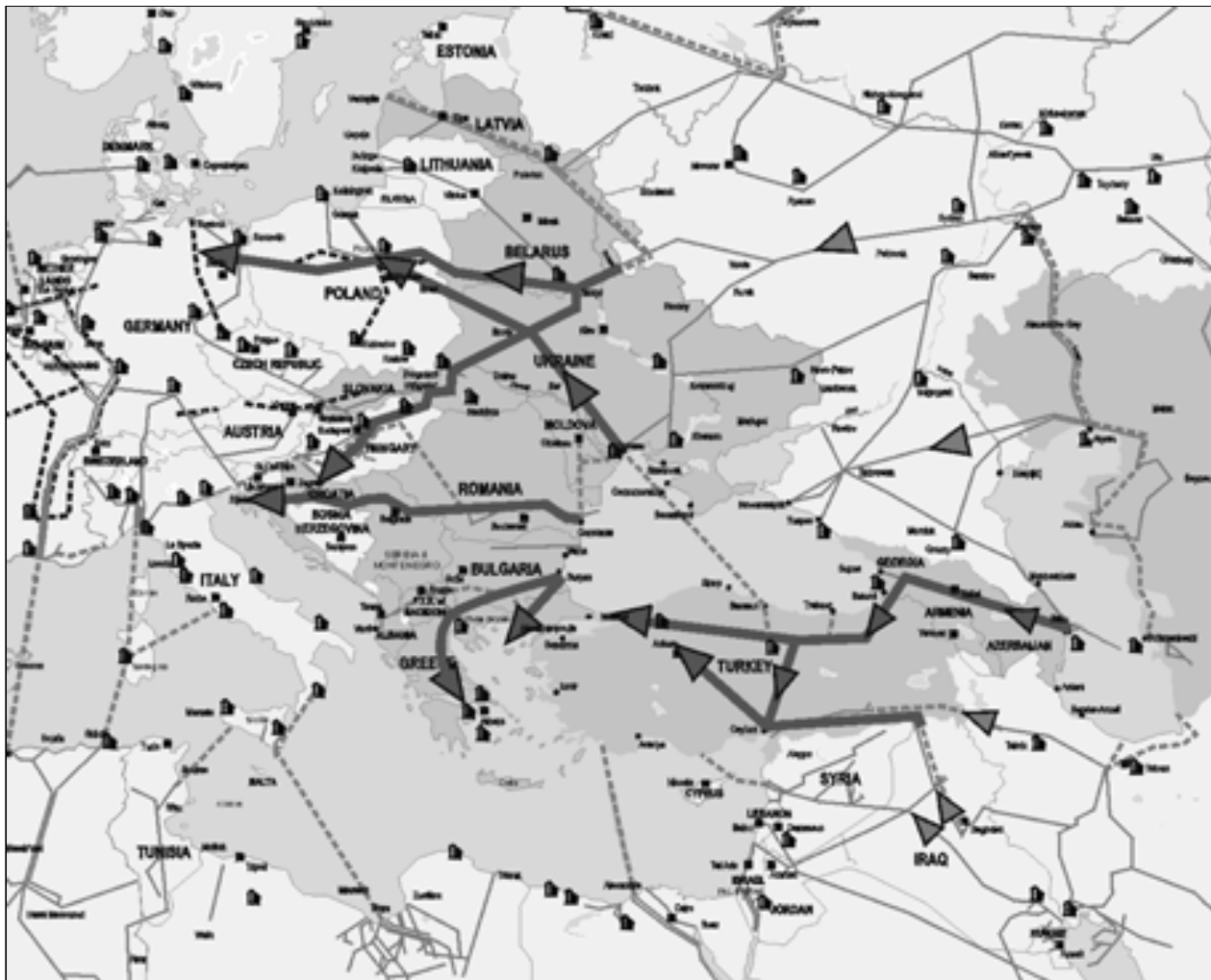
Das AMBO-Projekt

Die Albanien–Makedonien–Bulgarien–Ölpipeline (AMBO) soll über eine Distanz von 912 Kilometern die bulgarische Hafenstadt Burgas mit der albanischen Hafenstadt Vlora verbinden.⁵² Sie soll täglich 750 000 Barrel Erdöl aus Russland und aus dem kaspischen Raum transportieren. Die AMBO-Pipeline ist eine von drei vorgeschlagenen Optionen, den Bosphorusdurchlass zu entlasten (hier Karte 4, S. 24). Eine von der US-Regierung finanzierte Machbarkeitsstudie für das AMBO-Projekt wurde im September 2002 abgeschlossen. Darin werden die Gesamtkosten auf 1,2 Mrd. US-Dollar geschätzt, 930 Mio. US-Dollar davon sollen internationale Geber beisteuern (Weltbank, Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Internationaler Währungsfonds, Export-Import Bank of the United States und US Overseas Private Investment Corporation). Die Exklusivrechte zur Entwicklung dieses Projekts wurden der AMBO Pipeline Corporation mit Sitz in New York übertragen. Im September 2004 unterschrieben Vertreter der Regierungen Bulgariens, Makedoniens und Albaniens mit dem Präsidenten der AMBO Pipeline Corporation ein Memorandum of Understanding.

⁵¹ INOGATE (Interstate Oil and Gas Transport to Europe) ist eine große regionale Initiative im Rahmen des TACIS-Programms der EU, das zur technischen Unterstützung der neuen unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion aufgelegt worden ist. Inzwischen wurde es auf einige zentral-europäische und auf die südosteuropäischen Länder ausgedehnt und wird in diesem Bereich über das PHARE-Programm finanziert. Das sogenannte Umbrella-Abkommen vom 22. Juli 1999 wurde von mittlerweile 18 Ländern vom Balkan bis zum Kaukasus unterzeichnet und sieht unter anderem die Erneuerung von Öl- und Gaspipelines und die Projektierung neuer Leitungen vor.

⁵² Energy Information Administration, *Country Analysis Briefs*, updated Februar 2006, <www.eia.doe.gov>.

Karte 3
 Prioritätsachsen für Erdölpipelines



- Existierende Ölpipelines
- - - Ölpipelines im Entwurf/im Bau/im Ausbau
- · · Pipelines für Erdölprodukte
- ➔ Vorgeschlagene Prioritätsachsen für Erdöl
- INOGATE-Teilnehmerstaaten

Quelle: Interstate Oil and Gas Transport to Europe (INOGATE), *INOGATE Map of Crude Oil Pipelines* [Ausschnitt], <www.inogate.org/en/images/maps/oil_map_big.gif>, Stand Dezember 2003.

Die South-East European Line (Constanța – Omišalj)

Ein zweiter Plan sieht eine nördlichere Route vor. Über insgesamt 1216 km soll sie vom rumänischen Schwarzmeerhafen Constanța zunächst nach Pančevo (nahe Belgrad) und von dort über die bereits existierende Adria-Pipeline durch Serbien, Bosnien-Herzegowina und Kroatien zum kroatischen Adriahafen Omišalj, später unter Umständen auch noch bis Triest

führen. Das Projekt läuft unter zwei Kürzeln: SEEL (South-East European Line) bzw. CPOT (Constanța-Pančevo-Omišalj-Triest). Während der Balkankriege in der ersten Hälfte der neunziger Jahre hatte man alternativ auch eine nördlichere Leitung in Betracht gezogen, die Südungarn und Zentralslowenien durchqueren sollte, um die unsichere Zentralbalkanregion zu umgehen.

Karte 4

Projekte für Erdölpipelines auf dem Balkan



Quelle: Energy Information Administration, *Country Analysis Briefs – Balkans*, Februar 2006, <<http://www.eia.doe.gov/emeu/cabs/Balkans/Pipelines.html>>.

Die Burgas–Alexandroupolis-Pipeline

Die 285 km lange Verbindung zwischen dem bulgarischen Schwarzmeerhafen Burgas und dem griechischen Ägäis-Hafen Alexandroupolis wurde in den vergangenen zwölf Jahren regelmäßig diskutiert, ihre Realisierung wurde aber immer wieder aufgeschoben. Dabei geht es zum einen um die Entlastung der Bosphorus-Meerenge, für deren Durchfahrung mit Tankern die türkische Regierung angesichts der Gefährdung der Millionen-Metropole Istanbul verschärfte Umweltschutzvorschriften (Anzahl der täglichen Durchfahrten, Größe der Schiffe etc.) erlassen hat, die erhebliche Verspätungen im Öltransport aus dem Schwarzen Meer zur Folge hatten. Zum anderen sucht Russland für sein Öl einen von der türkischen Kontrolle unabhängigen Zugang zum Mittelmeer. Anfang September 2006 einigten sich die Präsidenten Russlands, Bulgariens und Griechenlands bei einem Treffen in Athen darauf, den immer wieder aufgeschobenen Bau der Pipeline noch im selben Jahr in Angriff zu nehmen.⁵³ Ende Dezember 2006 waren die eigentlichen

Vertragsverhandlungen in Sofia so weit fortgeschritten, dass eine Unterzeichnung des Abkommens für Anfang 2007 angekündigt wurde. Offen blieb nur noch, wem das Terminal in Burgos gehören sollte. Interesse daran haben die russischen Projektteilnehmer Gazpromneft und Roszneft geäußert. Bulgarien ist aber fest entschlossen, die Infrastruktur selbst zu verwalten.⁵⁴

⁵³ »Grünes Licht für eine Balkan-Erdölleitung«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 5.9.2006; »Putin Urges Construction of Trans-Balkan Oil Pipeline«, in: *BBC Monitoring Former Soviet Union*, 4.9.2006.

⁵⁴ *Bulgaria.de*, 22.12.2006.

Fazit

»Eine sichere Zukunft gibt es außerdem nur mit einer gesicherten Energieversorgung. Der globale Wettlauf um die Energiereserven hat begonnen«, sagte Außenminister Steinmeier in einer Rede vor der SPD-Bundestagsfraktion am 25. September 2006 in Berlin.⁵⁵ Diversifizierung der Lieferanten und der Lieferwege ist dabei ein wichtiges Ziel der deutschen und vor allem der europäischen Energiepolitik. Beim Frühjahrsgipfel der EU im März 2007 soll unter der deutschen Präsidentschaft ein europäischer Aktionsplan für eine gemeinsame Energiepolitik verabschiedet werden.

Der Vertrag zur Bildung der Energiegemeinschaft EU-Südosteuropa muss als entscheidender Schritt auf dem Weg zu diesem Ziel erkannt werden. Er gewährt der Region Südosteuropa technischen Beistand und finanzielle Hilfestellung für die überfällige Modernisierung der Anlagen und den Ausbau der dringend erforderlichen regionalen Energie-Kooperation, zugleich ermöglicht er ihr den Anschluss an den EU-Energieverbund. Der EU öffnet der Vertrag ein Portal für künftige Erdgaslieferungen aus drei ressourcenreichen Regionen: dem kaspischen Raum, Zentralasien und dem Nahen und Mittleren Osten. Diese Funktion kann allerdings nur langfristig zum Tragen kommen.

Neben technischem und vor allem auch finanziellem Engagement ist die politische Begleitung des Projekts Energiegemeinschaft EU-Südosteuropa in der Region selbst und über sie hinaus gefordert. Für die Länder des Westlichen Balkans ist die Eingliederung in den europäischen Energieverbund gerade jetzt, wo die Mitgliedschaftsperspektive in immer weitere Ferne entschwindet, ein klares Zugehörigkeitssignal. Darüber hinaus bleibt aber auch die Notwendigkeit bestehen, diese Länder, die seit dem 1. Januar 2007 nur noch von EU-Mitgliedstaaten umgeben sind, in so vielen Bereichen wie möglich in die engere Zusammenarbeit der EU-Länder einzubeziehen. Politische Signale wie die Bekräftigung der Beitrittszusicherung müssen Hand in Hand gehen mit der Ausweitung der praxisbezogenen Zusammenarbeit, wobei letztere durchaus ein wichtiges Mittel für die Ausprägung einer De-facto-Juniormitgliedschaft als neue Zwischen-

stufe zur Vollmitgliedschaft sein kann. Die Energiegemeinschaft könnte als Beispiel für funktionierende sowohl regionale als auch EU-Integration Südosteuropas dienen und Anstoß zu weiteren Integrationsprojekten geben, mit deren Hilfe die sich ansonsten zusehends in die Länge ziehende Frist des Wartens auf eine Vollmitgliedschaft überbrückt bzw. ausgefüllt werden kann.

In diesem Zusammenhang stellt sich allerdings die Frage, ob in der Region überhaupt die politischen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Zusammenarbeit im Rahmen der Energiegemeinschaft gegeben sind. Besteht die Gefahr, dass es bei der bloßen Unterzeichnung des Vertragswerks bleibt und die einzelnen Länder eine echte Kooperation verweigern? In dieser Hinsicht könnte die Energiegemeinschaft zur Nagelprobe für die künftigen Arbeitsbeziehungen zwischen den einzelnen Balkannationen werden.

Wenn man die Geburtswehen bei der Neuordnung der Zentraleuropäischen Freihandelszone (CEFTA) zum Maßstab nimmt, können Zweifel aufkommen. Gleich drei Länder (Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien) haben im letzteren Fall wegen relativ geringer Differenzen in Fragen des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen das gesamte Vertragswerk gefährdet, obwohl auch hier die EU deutlich zu erkennen gegeben hatte, dass sie regionale (Balkan-) Kooperation als unabdingbares Zeichen für die erforderliche Integrationsfähigkeit der einzelnen Länder ansehen würde.

An der Energiegemeinschaft dürften die Staaten des Balkans jedoch ein größeres gemeinsames Interesse haben, da die von allen erkannte Notwendigkeit einer stabilen Energieversorgung und eines funktionierenden Energieverbunds als Bindemittel wirkt. Zudem wird der Großteil der erforderlichen Investitionen von außerhalb der Region bereitgestellt. Die mit diesen Geldern finanzierten Vorhaben werden in den Aufbau und Ausbau des gesamteuropäischen Versorgungs- und Verbundnetzes fließen und zur Einbindung der südosteuropäischen in die europäischen Strukturen beitragen. Die sicherlich noch immer vorhandene politische Abneigung und Zurückhaltung der Staaten der Region gegenüber ihren direkten Nachbarn (die in den CEFTA-Schwierigkeiten zum Ausdruck kam)

⁵⁵ <www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Reden/2006/060925-Europa.html>.

dürfte von zweckrationalen Erwägungen zurückgedrängt werden. Insofern gibt es gute Gründe, die Energiegemeinschaft als Chance für den Neubeginn regionaler Kooperation auf dem Balkan anzusehen.

Im Vergleich zur Balkanregion im engeren Sinne ist die Lage im südlichen Kaukasus, der Durchgangsregion für Lieferungen aus der Kaspiregion und aus Zentralasien, deutlich instabiler. Hier kann die EU zur Stabilitätsförderung zwar keine Mitgliedschaftsperspektive anbieten, doch ist ihr breiteres politisches Engagement vonnöten, um den Demokratisierungsprozess, die wirtschaftliche Transformation und die Ablösung von Russland zu sichern. Gerade die Zuspitzung der Spannungen zwischen Moskau und Tiflis im Herbst 2006 zeigen, wie fragil das Verhältnis zwischen Russland und den transkaukasischen Staaten immer noch ist.

Wenn die EU den Staaten der westkaspischen Region keine politisch verbindlichen Angebote macht, werden sie in politische Stagnation zurückfallen und zunehmend wieder in Abhängigkeit von Russland geraten, schon aus Gründen des wirtschaftlichen Überlebens. Langfristige politische und wirtschaftliche Stabilität sind essentielle Vorbedingungen für die wirtschaftliche Realisierbarkeit und die Überlebensfähigkeit des auszubauenden Pipelineverbundsystems zwischen dem kaspischen Raum und Europa. Private Investoren verlangen Sicherheit und politische Stabilität. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob die Instrumente der EU-Nachbarschaftspolitik ausreichen, um für die nötige Sicherheit und Stabilität zu sorgen, oder ob nicht über weitergehende Anbindungsstrukturen nachgedacht werden muss.

Deutschland hat für die Zeit seiner EU-Ratspräsidentschaft die Beziehungen zu Zentralasien mit Priorität versehen. Für die Sicherheit der europäischen Energieversorgung wird Zentralasien eine immer größere Bedeutung bekommen. Um aber diese Versorgung sicherzustellen, ist wiederum die technologische Vorbereitung der Region Südosteuropa eine wichtige Voraussetzung. Zusätzlich werden auch die allgemeinen politischen Beziehungen zu den zentralasiatischen Republiken und die Entwicklungshilfepolitik für diese Staaten verstärkte Aufmerksamkeit fordern. Hier werden Europäer und Amerikaner unter Umständen nicht immer völlig kongruente Vorstellungen vertreten. Vielleicht werden im rein wirtschaftlichen Bereich auch Situationen entstehen, in denen die EU mit den USA konkurriert. Ungeachtet dessen hat Energieversorgungssicherheit für Europa natürlich immer auch eine transatlantische Dimension. Die

nordamerikanische und die europäische Versorgungssicherheit sind zwei Seiten einer gemeinsamen, sehr investitionsintensiven Aufgabe von gemeinsamem geostrategischem Interesse.

Abkürzungen

AMBO	Albanian Macedonian Bulgarian Oil Corporation
CEFTA	Central European Free Trade Association
C POT	Constanța–Pančevo–Omišalj–Triest
EPE	Energiepolitik für Europa
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
EU	Europäische Union
G 8	Gruppe der Acht (die sieben führenden westlichen Industriestaaten + Russland)
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
IEA	International Energy Agency
INOGATE	Interstate Oil and Gas Transport to Europe
LNG	Liquefied Natural Gas
Nato	North Atlantic Treaty Organization
OECD	Organization for Economic Co-operation and Development
PHARE	Pologne/Hongrie: Assistance à la Restructuration Économique
RFE	Radio Free Europe
RL	Radio Liberty
SCP	South Caucasus Pipeline
SEEL	South-East European Line
SEGP	South European Gas Pipeline
TACIS	Technical Assistance for the Commonwealth of Independent States
UNDP	United Nations Development Program
UNMIK	United Nations Interim Administration Mission in Kosovo